Zwischen dem Kreis Mettmann, vertreten durch den Landrat – im Folgenden „Kreis“ genannt – und der Stadt Erkrath, vertreten durch den Bürgermeister – im Folgenden „Stadt“ genannt – wird gemäß §§ 1, 23 und 24 des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG) vom 01.10.1979 (SGV NRW 202) in der zurzeit geltenden Fassung sowie § 101 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land NRW vom 14.07.1994 (GO NRW – GV NRW S. 666 / SGV NRW 2023) in der zurzeit geltenden Fassung folgende

**erste Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung
über die Wahrnehmung der örtlichen Rechnungsprüfung
der Stadt Erkrath durch die örtliche Rechnungsprüfung
des Kreises Mettmann vom 22.02.2022 / 01.03.2022**

geschlossen:

§ 1 Abs. 2 der Vereinbarung erhält folgende Fassung:

§ 1

Übertragung der Aufgaben, Aufgabenumfang

- (2) Das Prüfungsamt des Kreises nimmt folgende Aufgaben für die Stadt gegen Kostenerstattung wahr:
- die gesetzlichen Prüfaufgaben gem. §§ 102, 104 Abs. 1 GO NRW
 - das Prüfungsamt ist darüber hinaus ermächtigt, die in § 104 Abs. 2 GO NRW beschriebenen Aufgaben zusätzlich wahrzunehmen
 - die (nachträgliche) Prüfung von Bauausführungen und Bauabrechnungen einschließlich begleitender Prüfung einzelner Baumaßnahmen (technische Prüfung)
 - die Prüfung der Gebührenkalkulation und der Betriebsabrechnung
 - die Beratung der Verwaltung, Betriebe und sonstigen Einrichtungen der Stadt im Rahmen der vorgenannten Aufgaben, insbesondere mit dem Ziel der Prävention zur Vermeidung von Unregelmäßigkeiten
 - die Mitwirkung bei der Aufklärung von Fehlbeständen am Vermögen der Stadt – ohne Rücksicht auf Art und Entstehungsgrund
 - die Geschäftsführung für den Rechnungsprüfungsausschuss der Stadt Erkrath

§ 4 Abs. 1 und Abs. 5 der Vereinbarung erhalten folgende Fassung:

§ 4

Personal und Kostenersatz

- (1) Die Vereinbarungspartner gehen gemeinsam davon aus, dass die gemäß dieser Vereinbarung vom Kreis übernommenen Aufgaben mit qualifiziertem Personal im Umfang von 2,3 Vollzeitstellen erfüllt werden können.

- (5) Für die Erfüllung der Aufgaben, die nicht durch die Gestellung bzw. Abordnung von Personal gedeckt ist, ist die Stadt gegenüber dem Kreis zur Erstattung der Kosten der vereinbarten Prüfungsleistungen verpflichtet (maximal 2,3 Vollzeitstellen). Für den Arbeitsaufwand nach § 1 berechnet der Kreis die Personalkosten auf Grundlage der jeweils aktuellen KGSt-Werte nach A 12 BbesG. Neben den Personalkosten wird ein Anteil an den Sachkosten als Sachkostenpauschale zugrunde gelegt (25 % der allgemeinen Sachkosten, 50 % der TUI-Ausstattung). Weitere Kosten wie z.B. Fortbildungskosten, Reisekosten, Fachliteratur usw. werden hingegen nicht berechnet.

Diese Änderung der Vereinbarung vom 22.02.2022 / 01.03.2022 tritt nach Unterzeichnung durch beide Vertragspartner am Tage nach der Bekanntmachung, frühestens jedoch am 01.07.2023 in Kraft.

Mettmann, den

Erkrath, den

Thomas Hendele
Landrat

Christoph Schultz
Bürgermeister